



Für bundesweit einheitliche Vorgaben für Feste und Feierlichkeiten gibt es Fürsprecher und Gegner.

FOTO: PEXELS.COM

Geregeltes Feiern

Klare Vorschriften für Veranstaltungen gefordert – Bovenschulte plädiert für einheitliches Vorgehen

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Geburtstage, Hochzeiten, Taufen oder Partys – die zugelassenen Größen von Familienfeiern sind in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. Weil die verschiedenen Vorschriften ein unübersichtliches Bild abgeben, diskutieren Politiker, Gastronomen und Veranstalter derzeit über gleiche Regeln für Feste und Feiern während der Corona-Krise. „Bremen ist grundsätzlich für bundesweit einheitliche Regelungen“, sagt Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD).

Der Ärzteverband Marburger Bund hatte im Kampf gegen das Coronavirus bundesweit einheitliche Vorgaben für Feste und Feierlichkeiten gefordert. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte zuvor darauf hingewiesen, dass Feierlichkeiten neben den Ansteckungen durch Reiserückkehrer zu den größten Gefahrenquellen in Deutschland zählen.

„Ob sich die 16 Länder aber auf gemeinsame Regelungen einigen können – da bin ich aus der Erfahrung der Vergangenheit skeptisch“, sagt Bürgermeister Bovenschulte. Einem neuerlichen Versuch würde sich Bremens Regierungschef nicht widersetzen.

In Bremen sind laut der aktuellen Corona-Verordnung Veranstaltungen mit bis zu 250 Menschen in Innenräumen erlaubt. Unter freiem Himmel dürfen demnach bis zu 400 Personen zusammenkommen. Voraussetzungen für solche Zusammenkünfte sind ein Hygienekonzept und die Einhaltung des Abstandes von mindestens 1,5 Metern zueinander.

Das Konzept muss vorliegen, damit es das Ordnungsamt gegebenenfalls kontrollieren kann. Die Veranstalter beziehungsweise Organisatoren müssen zudem die Namen der Teilnehmenden protokollieren. Klar geregelt ist, dass Gruppen mit mehr als zehn Personen den Abstand von mindestens 1,5 Metern einhalten müssen.

Das ist auch in Niedersachsen der Fall. Dort gilt für private Feiern zum Beispiel in einem Restaurant ebenfalls die Obergrenze von zehn Personen. Die Ausnahme in beiden Bundesländern ist, dass es mehr Personen sein dür-



FOTO: CHRISTINA KUHHAUPT

„Je später die Stunde, desto schwieriger sind die Regeln einzuhalten.“

Nathalie Rübsteck, Dehoga

fen, sofern es sich ausschließlich um Angehörige oder die Mitglieder zweier Haushalte handelt. Im Gegensatz zu Bremen sind in Niedersachsen bei Festen wie Taufen, Hochzeiten sowie Beerdigungen nicht mehr als 50 Personen möglich. Für Veranstaltungen zum Beispiel im Kulturbereich gilt eine Obergrenze von 500 Besuchern, Messen sind für den Publikumsverkehr geschlossen.

„Die Unterschiede zwischen beiden Ländern sind nicht so stark“, sagt Nathalie Rübsteck, Geschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands Bremen (De-

hoga). In Niedersachsen seien die Einschränkungen etwas größer. „Wir dürfen Familienfeiern nicht über einen Kamm scheren“, sagt Rübsteck. In der Gastronomie werde stark darauf geachtet, dass die Abstands- und Hygieneregeln eingehalten werden. Ob das bei privaten Feiern immer der Fall sei, wage sie zu bezweifeln. „Je später die Stunde, desto schwieriger sind die Regeln einzuhalten“, so Rübsteck. Sie mahnt zu Zurückhaltung bei privaten Feiern.

Aus Sicht der Gastronomen ist es schwierig, dass jedes Bundesland andere Regeln hat. „In Betrieben mit vielen Touristen müssen die Vorschriften häufig erklärt werden“, sagt der Vorsitzende der Bremer Gastro-Gemeinschaft, Oliver Trey (Schlachthofkneipe und Little Butcher). Wenn sich Gäste nicht an die Corona-Regeln halten, können Wirte und Kneipiers auf ihr Hausrecht zurückgreifen und Personen des Gebäudes verweisen. „Wir halten uns an die Regeln, schließlich will ja keiner den ersten Corona-Fall in seinem Laden haben“, so Trey. Einen anderen Aspekt spricht Andreas Quensell („Leopold's Club“) an: „In der Theorie sind die Regeln möglich, in der Praxis funktioniert das aber nicht.“ Bei

Partys müsse getanzt, ein Getränk an der Theke getrunken, sich umarmt und geknustet werden. Quensell, der seit 33 Jahren Veranstaltungen aller Art organisiert, spricht von zahlreichen stornierten Buchungen bis zum Jahresende. Ähnlich sieht es bei Barry Randecker (Meierei, Teatro) aus. „Bei uns gibt es derzeit keine Hochzeiten und Feiern, wir müssen die Füße still halten, bis wir die Pandemie im Griff haben.“ Die Nachfrage danach sei derzeit auch nicht vorhanden. Randecker plädiert für einheitliche Corona-Feier-Regeln in ganz Deutschland.

Metropol-Theater-Chef Jörn Meyer hingegen spricht sich dagegen aus, weil es dann „immer den kleinsten Nenner“ bedeute. Er wünscht sich in den Ämtern und Behörden so viel Personal, dass individuelle Konzepte eingereicht und geprüft werden können. „Es kommt immer auf die Schutzmaßnahmen des jeweiligen Betriebs an“, sagt Meyer. Die Vorschriften müssten in Relation zu den Veranstaltungsorten gesetzt und nicht generell auf 250 Personen festgesetzt werden. So habe das Metropol-Theater andere Voraussetzungen, was Toiletten, Lüftung oder Bewegungsräume angehe als kleinere Spielstätten.

Grenzen und Regeln für die Bundesländer

Es ist ein Flickenteppich. Während in Berlin ab 1. September Veranstaltungen unter freiem Himmel bis zu 5000 Personen wieder erlaubt sein sollen, ist im benachbarten Brandenburg die Zahl auf 1000 begrenzt. In anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz sind Feste nur mit wenigen hundert Gästen gestattet. In Nordrhein-Westfalen soll Anfang September ein Konzert mit 13000 Gästen starten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat des-

halb angekündigt, erneut mit den Ländern über Grenzen und Regeln für Veranstaltungen reden zu wollen. Die Karnevalsaison 2020/21 will Spahn, wie die „Rheinische Post“ aus internen Kreisen erfuhr, komplett ausfallen lassen. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach plädiert dafür, die Zahl der Gäste bei Privatfeiern zu beschränken – und zwar auf 50. Das Risiko, sich in Innenräumen zu infizieren, sei „20-mal so hoch wie draußen“. TSP

Dichtere Taktung für Busse und Straßenbahnen

Das wünschen sich die Bürger – erste Anregungen zum Verkehrsentwicklungsplan vorgelegt

VON MATHIAS SONNENBERG

Bremen. Kaum ein Thema zieht bei Bürgerinnen und Bürgern besser als die Planungen für die Innenstadt. Wie soll Bremen sich verändern? Das ist die entscheidende Frage beim Verkehrsentwicklungsplan, für den die erste Phase der Bürgerbeteiligung abgeschlossen ist. Nachdem das Mobilitätsressort unter der Führung von Senatorin Maike Schaefer die Analyse in vier Videos vorgestellt hatte, wa-

ren die Einwohner gefragt, sich mit Anregungen, Ideen und möglichen Veränderungen einzubringen.

Bis Anfang August gab es rund 300 Vorschläge. Schaefer ist zufrieden mit den vielen Mails, die ihr Ressort bekommen hatte. „Ich freue mich über die rege Beteiligung und die zahlreichen konstruktiven Vorschläge“, sagt sie. Das unterstreiche das hohe öffentliche Interesse an den Themen Mobilität und Verkehrswende.

In vier Videos stellte Projektleiter Nils Weiland die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger vor. Den größten Zuspruch gab es zu den Themen Busse, Straßenbahnen, Regionalbusse und autofreie Innenstadt. Priorität hat dabei eine verdichtete Taktung der Busse und Straßenbahnen, besonders in den Abendstunden. Gleiches gilt für Umlandbusse. Grundsätzlich werden Straßenbahnen und Busse für zu voll empfunden. Weitere Wünsche der Beteiligten: Mehr direkte Verbindungen zwischen den Stadtteilen, Haltestellen sollen dichter gestaffelt werden, teilweise gebe es grundsätzlich zu wenige Haltestellen, beispielsweise im Blockland. Die Kritik, dass es häufig mit Bus und Bahn zu lange dauere, um von A nach B zu kommen, will das Ressort aufgreifen. „Wir werden das gemeinsam mit der BSAG besprechen“, sagt Weiland. Das gelte auch für die gewünschten Schnellbusse. Auch die Wirkung von Sondertickets wird geprüft.

Viele Anregungen gab es auch zum Thema autofreie Innenstadt. Häufiger Wunsch: Weniger Durchgangsverkehr, Straßen sollen keine Hürden darstellen. Außerdem solle es mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben, und Parkhäuser müssten so gelegen sein, dass die Nutzer die Innenstadt leicht zu Fuß erreichen können. Dazu gab es laut Nils Wei-

land viele kontroverse Diskussionen. Für den Schwerpunkt Parken im Wohnquartier wurde häufiger die strengere Überwachung von Wohnstraßen gefordert. Auch das Aufstellen von Fahrradbügeln in Kreuzungsbereichen wurde diskutiert, ebenso die Erhöhung der Anwohner-Parkgebühren. Häufiger gewünscht wurden auch zusätzliche Parkgaragen in Stadtteilen und ein Ausbau der Carsharing-Angebote. Eine weitere Bürgerbeteiligungsphase wird im Dezember dieses Jahres folgen. Die Fortschreibung soll im Frühjahr 2021 abgeschlossen werden, anschließend soll es stufenweise an die Umsetzung gehen.

Das ist der Verkehrsentwicklungsplan

Im November 2019 hatte der Senat beschlossen, den 2014 einstimmig von der Bürgerschaft beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 (VEP) in Teilbereichen fortzuschreiben. Die Fortschreibung erfolgt jetzt in vier einzelnen Strategien: autofreie Innenstadt, Parken in Quartieren, ÖPNV-Strategie und Stadt-Regionales Verkehrskonzept. Fuß- und Radverkehr sind nicht Schwerpunkt der Teilfortschreibung. Die wird in drei Phasen aufgliedert. Erste Phase: Analyse, zweite Phase: Maßnahmen, dritte Phase: Umsetzungskonzept. SOM



Wenn es nach den Wünschen der Bürger geht, sollen die Busse in den Abendstunden in einer dichteren Taktung fahren. FOTO: KOCH



Viele junge Leute ereifern sich über Anschauungen, die sie in 20 Jahren selbst haben werden.
JEAN-PAUL SARTRE (1905 – 1980)

Umzugspläne verschoben

Corona-Ambulanz bleibt vorerst

Bremen. Der Vertrag für die Corona-Ambulanz in den Messehallen 5 und 6 ist um zunächst zwei Monate verlängert worden. Das teilte Lukas Fuhrmann, Sprecher der Gesundheitsbehörde, dem WESER-KURIER am Dienstag mit. „Wir sind weiterhin in guten Gesprächen mit der Messe, damit die Ambulanz auch darüber hinaus an zentraler Position bei der Messe verbleiben kann.“

Die zunächst befristete Verlängerung ist notwendig geworden, weil der ursprüngliche Vertrag Ende dieses Monats ausläuft. Die Messe Bremen hatte Anfang August mitgeteilt, dass nach aktuellen Plänen die Urlaubsmesse Reiselust sowie die Caravan vom 6. bis 8. November stattfinden soll – in sämtlichen sieben Hallen, um die Veranstaltungen wegen der Corona-Auflagen weitläufiger gestalten zu können. Damit sind auch die beiden Hallen, in die die Testambulanz am 23. März vom Klinikum Mitte eingezogen ist, in die Veranstaltungspläne einbezogen.

Laut Fuhrmann soll es auch nach Ende Oktober bei dem Standort Messe bleiben. Einen Platz im Außenbereich, etwa in einem Zelt, hatte die Behörde ausgeschlossen (wir berichteten). Im Juli wurden in den Hallen 5 und 6 nach Angaben des Sprechers etwa 1500 Tests in der Messe-Ambulanz vorgenommen, seit Aufnahme des Betriebs Ende März waren es um die 8000. Ein neuer Standort im Innenbereich der Messe müsste demnach entsprechend groß sein. SAD/TTM

Rewe zieht in die Obernstraße

Bremen. Für Mango und Benetton gibt es nun einen Nachmieter: Die Supermarktkette Rewe zieht den Standort in der Obernstraße 44-54. Das teilte das Immobilienunternehmen Robert C. Spies, das den Mietvertrag über die Handelsfläche von 800 Quadratmetern vermittelt, am Dienstag mit. Entstehen soll vor Ort ein Rewe mit City-Konzept, eröffnet werden soll Mitte November dieses Jahres.

Rewe hatte dem WESER-KURIER sein Interesse am Standort in der Obernstraße im März bestätigt. Damals befand sich der Lebensmittelhändler nach eigenen Angaben noch in Verhandlungen. Lange gab es in den beiden Geschäften Leerstand, nachdem die Modeketten ausgezogen waren.

„Mit der Vermittlung dieser Mietfläche kann die zukünftige hochwertige Versorgung der Beschäftigten und Anwohner der Bremer Innenstadt sichergestellt werden“, äußerte sich Uwe Trocha, Leiter für Verbrauchermärkte und Discounter bei Robert C. Spies, in der Mitteilung. Aldi schließt den Markt in der Violentstraße, die Zukunft des Edeka im Untergeschoss von Galeria Kaufhof sei ungewiss. Denn bei Kaufhof wird Ende Oktober Schluss ein. Die Standortentwicklung sei darum bedeutsam für die Bremer Innenstadt. LB

Gespräche über Kraftwerk laufen

Bremen. Die Zeichen, dass das Kohlekraftwerk in Farge bald stillgelegt wird, verdichten sich. Die Gewerkschaft Verdi ist nun in Verhandlungen über einen Tarifvertrag für die Beschäftigten eingestiegen. Das Papier soll die soziale Absicherung der Angestellten garantieren. Das Kohlekraftwerk wird von der Onyx Power Group betrieben. Nach dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz zum Kohleausstieg sollen am 1. September erste Auktionen um Stilllegungsprämien für die Kraftwerksbetreiber veranstaltet werden. Energieversorger, die daran teilnehmen wollen, müssen nach Aussage von Verdi einen Tarifvertrag abschließen. Erste Gesprächsrunde zum Vertrag war am Dienstag. MBR